

Fähre Cuxhaven-Brunsbüttel wieder in Betrieb



Nach 14 Jahren gibt es seit Mittwoch wieder eine Fährverbindung zwischen Cuxhaven und Brunsbüttel. Die Verkehrsminister Niedersachsens und Schleswig-Holsteins, Olaf Lies und Reinhard Meyer, weihen die Linie ein – und pochten darauf, trotzdem die Küstenautobahn 20 samt eigenem Elbtunnel auszubauen. FOTO: MARKO MUMM Kommentar Seite 2-Bericht Seite 12

Asyl-Klagen belasten die Gerichte

Zahl der Verfahren steigt auch in Bremen rasant an / Flüchtlingsrat kritisiert mangelnde Rechtsberatung

VON ANTJE STÜRMANN

Bremen. Die Klagen abgelehnter Asylbewerber belasten zunehmend die Verwaltungsgerichte. In Bremen gingen im ersten Halbjahr 230 Asylklagen ein – das sind mehr als im gesamten Jahr 2014. Hinzu kommen 196 Eilverfahren. Dabei sei die große Welle an Klagen in Bremen noch gar nicht angekommen, befürchtet eine Sprecherin des Verwaltungsgerichts.

Zahlreiche Einsprüche dürften eingehen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in diesem Jahr das Gros der Anträge entschieden hat. Noch liegen in Nürnberg Zehntausende Gesuche auf den Schreibtischen – auch aus den Vorjahren. Von den 2012 gestellten 65.000 Anträgen auf Asyl hatten die Mitarbeiter des Bundesamtes Ende 2014 rund 3000 noch nicht entschieden. Hinzu kamen rund 29.000 aus dem Jahr 2013. Im folgenden Jahr stellten 173.000 Asylsuchende einen Antrag – 129.000 erhielten bislang Antwort.

Inzwischen ist gegen vier von zehn Entscheidungen geklagt worden. Besonders häufig fordern Kosovaren, Mazedonier und Somalier eine Prüfung der Ablehnung, wie

aus dem Geschäftsbericht des Bundesamtes hervorgeht. Die rasant wachsende Zahl der daraus resultierenden Verfahren wird zu einer immer größeren Last für die Verwaltungsgerichte: „Insgesamt haben wir eine sehr, sehr deutliche Zunahme von Asylklagen zu verzeichnen“, berichtet der Vorsitzende des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter, Robert Seegmüller. „Die Gerichte kommen zunehmend schwerer klar.“ Um in Asylverfahren eine gerechte Entscheidung treffen zu können, müssten die Gerichte in jedem Einzelfall ganz genau hinschauen. Und das dauere seine Zeit – an manchen Standorten müssten darum Klagen in anderen Angelegenheiten entsprechend länger liegen bleiben.

Wegen des wachsenden Arbeitsaufwands geraten zum Beispiel die niedersächsischen Verwaltungsgerichte an ihre Grenzen: „Die Kapazitäten sind vollends ausgelastet – mehr geht nicht“, sagt ein Sprecher des Justizministeriums in Hannover. Allein im ersten Halbjahr gingen seinen Worten zufolge 4730 Klagen ein – deutlich mehr als im gesamten Jahr 2013. Der Rekordwert von 7958 Klagen im vergangenen Jahr dürfte in diesem Jahr gebrochen werden.

Auch in Bremen ist die Zahl der eingegangenen Asylverfahren „erheblich angestiegen“, wie der Präsident des Verwaltungsgerichts im Land, Peter Sperlich, sagt. Zugenommen hat laut einer Sprechersprecherin vor allem die Zahl der sogenannten Dublin-Verfahren. In ihnen bestimmt das Gericht, welcher europäische Staat für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist und ob der Asylsuchende dorthin zurückgeschickt werden darf. „Innerhalb des letzten Jahres ist das Gericht noch in der Lage gewesen, den Anstieg bei den Asylverfahren zu bewältigen und keine Rückstände stehen zu lassen“, sagt Peter Sperlich. Das sei aber vor allem deshalb möglich gewesen, weil viele alte Verfahren abgeschlossen werden konnten. In Bremen dauere ein Verfahren zurzeit 14,3 Monate. Das sei eine deutliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren.

Marc Millies vom Flüchtlingsrat in Bremen erinnert daran, dass ein Asylverfahren samt Klage innerhalb von zwölf Monaten abgeschlossen sein muss – auch, weil es für die Antragsteller sehr belastend sei. Millies und seine Kollegen vom Flüchtlingsrat informieren Asylsuchende darüber, dass sie

im Falle einer Ablehnung durch das BAMF klagen können. „Das steht ihnen zu“, so Millies. Seiner Ansicht nach gibt es gute Gründe, warum eine Klage „sinnvoll und erfolgreich“ sein kann, zum Beispiel fehlerhafte Protokolle oder unzureichende Informationen über die Gründe der Flucht. „Es gibt Fälle, in denen Betroffene den Behörden Ereignisse oder Erlebnisse verschweigen, obwohl sie für die Entscheidung relevant sind“, sagt Millies. Oft handle es sich um schwer belastende Erlebnisse oder mit Scham besetzte Themen wie Vergewaltigung. Eigentlich, so der Koordinator, stünde sehr viel mehr Menschen eine angemessene Beratung zu. Doch in Bremen gebe es zurzeit nur zwei Ansprechpartner bei der Awo, die im Auftrag des Staates Rechtsberatung anbieten, kritisiert Millies.

Der Senator für Justiz und Verfassung lässt indes prüfen, wie die 17 Verwaltungsrichter des Landes künftig entlastet werden könnten. Zu genauen Auskünften war Sprecher Henning Maul-Backer nicht bereit. Nur soviel: „Das Gericht muss gerüstet sein, damit die Verfahren nicht ewig lange dauern und die Rückstände immer größer werden.“

Berlin erwartet 800 000 Flüchtlinge

Berlin. Die Bundesregierung rechnet im laufenden Jahr mit bis zu 800.000 Flüchtlingen und Asylbewerbern in Deutschland. Das teilte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) am Mittwoch in Berlin mit. Der Bund korrigierte seine Prognose damit wie erwartet erheblich nach oben. Bislang war das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von 450.000 Asylanträgen bis zum Jahresende ausgegangen.

So viele Asylbewerber, wie sie nun erwartet werden, kamen noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik in einem Jahr ins Land. Den bisherigen Höchststand hatten die Behörden 1992 mit etwa 440.000 Asylanträgen registriert. De Maizière sprach von einer großen Herausforderung, versicherte aber gleichzeitig: „Überfordert ist Deutschland mit dieser Entwicklung nicht.“ Ausdrücklich wandte sich der Innenminister zudem gegen Angriffe auf Asylbewerberheime: „Wir werden dem in aller Härte entgegen treten.“

Nach de Maizières Schätzungen werden 100.000 bis 150.000 zusätzliche Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen benötigt. Notwendig seien darüber hinaus Gesetzesänderungen, um kurzfristig wintersichere Quartiere anbieten zu können.

Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden wollen nun am 24. September zu einem sogenannten Flüchtlings-Gipfel zusammenkommen, um das weitere Vorgehen zu verabreden, wie de Maizière ankündigte. Bericht Seite 4

VERMISCHTES

USA erlauben „Viagra für Frauen“ 2 und 6

Die Arzneimittelbehörde FDA in Washington hat zum ersten Mal ein luststigerndes Präparat als Medikament zugelassen. Das Mittel Flibanserin soll das sexuelle Verlangen von Frauen wecken.

BREMEN

Viertel soll sauberer und leiser werden 7

Mit Pfandkisten und mehr Mülleimern wollen Wirte dazu beitragen, dass es im Viertel sauberer wird. Und um den Lärm zu reduzieren, sollen die Gäste draußen leiser sein – auch dafür gibt es schon Ideen.

WIRTSCHAFT

Telefonbuch findet immer noch Abnehmer 13

Trotz digitaler Angebote von DeTeMedien ist das Telefonbuch nach wie vor beliebt: Allein den Bremern werden laut Angaben der Firma 360.000 „gedruckte Verzeichnismedien“ offeriert.

SPORT

Sebastian Coe neuer IAAF-Präsident 20

Lord Sebastian Coe ist zum neuen Präsidenten des Leichtathletik-Weltverbandes IAAF gewählt worden. Der Engländer setzte sich am Mittwoch auf dem 50. IAAF-Kongress in Peking mit deutlicher Mehrheit gegen den Ukrainer Sergej Bubka durch. Auf den 58-jährigen Coe wartet viel Arbeit. Priorität soll der Kampf gegen Doping haben.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	8, 17	Rätsel & Roman	22
Fernsehen	23	Tipps & Termine	10
Lesermeinung	15	Veranstaltungsanzeigen	17

Ehrlich machen



Hans-Ulrich Brandt über Griechenland-Hilfe

Athen, die Dritte! Das nächste Hilfspaket für Griechenland ist im Kas- ten, und alles ist ziemlich so gelaufen, wie es sich die Regisseurin und ihr wichtigster Helfer am Set vorgestellt haben. Angela Merkel und Volker Kauder können zufrieden sein: Kein Imageschaden für die Bundeskanzlerin, kein Autoritätsdebakel für den Chef der Unionsfraktion. Ihr Masterplan hat mal wieder funktioniert. Nun gut, sechs Abweichler mehr innerhalb der CDU/CSU, aber auch damit können beide prima leben.

Doch helfen Griechenland die neuen Milliarden wirklich über den Berg? Kann sich der Bundestag sicher sein, auf absehbare Zeit keine weiteren Hilfgelder mehr für Athen beschließen zu müssen? Fragen, um deren Beantwortung sich die Politik herumdrückt. Trotzdem hat der Deutsche Bundestag einen weiteren ungedeckten Wechsel ausgestellt. Aber selbst wenn der politisch angeschlagene linke Regierungschef Alexis Tsipras nun tatsächlich auf Reformkurs geht, ist ungewiss, ob die gewährten Milliarden reichen. Zu verschuldet ist das Land, um damit Investitionen in die Zukunft zu finanzieren. Erst recht nicht zurückzahlen können wird Griechenland diese Kredite. Ein Schuldenschnitt wäre daher ehrlicher, doch davon wollen weder Merkel noch Finanzminister Wolfgang Schäuble etwas wissen.

Nach dem dritten Hilfspaket ist also vielleicht vor dem vierten – auch das traut sich in der Bundesregierung niemand zu sagen. Dabei wäre Offenheit das einzige Mittel, um wieder Glaubwürdigkeit in das politische Handeln zu bringen. Den Bürgern die Wahrheit sagen – diese Einsicht ist der Kanzlerin abhandengekommen. So hielt sie am 21. März 2010 eine Zahlungsunfähigkeit Athens noch für unwahrscheinlich, um dann vier Tage später dem Land für den Notfall Unterstützung der EU anzubieten. Bald darauf folgte ein Rettungsschirm dem nächsten und – so die Bewertung eines Brüssel-Korrespondenten: „So ziemlich alles, was Merkel zunächst ausgeschlossen hatte, wurde später beschlossen.“ Kein Wunder, das nicht nur Unionsabgeordnete ins Grübeln kommen. Lediglich 23 Prozent der Deutschen befürworten noch Finanzhilfen für Athen. Thema Seite 3

hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Werner Bartsch



Einmal jährlich hat Werner Bartsch einen großen Auftritt. Dann holt er die Plane aus der Garage, rollt sie neben der Erdbeerbrücke den Deich hinter, und schon hat er am Werdersee die längste Deichwasser-rutsche der Welt gebaut. Heute ab 15 Uhr geht es los. Und wer mag und Ferien hat, rutscht einfach mit.

LOTTO

6 aus 49 16 22 24 28 38 48 2
Spiel 77 6598019 Super 6 * 607682
(Ohne Gewähr)

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag

23° 12° 50%

Nur vereinzelte Schauer
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN

